

Newsletter IT/IP/Datenschutz

6/2015

Datenschutz – IT-Sicherheitsgesetz

Mit Wirkung zum 25.07.2015 ist das IT-Sicherheitsgesetz in Kraft getreten. Neu ist für alle Anbieter von Telemedien u.a., dass es nun eine gesetzliche Pflicht gibt, unerlaubte Zugriffe auf die angebotenen Telemedien in zumutbarem Umfang zu verhindern (§ 13 Abs. 7 TMG n.F.).

Wettbewerbsrecht – Erstbegehungsgefahr

Mit Urteil vom 23. Oktober 2014 – Az. I ZR 133/13 entschied der Bundesgerichtshof, dass die bloße Ausstellung von nahezu identischen Produkten auf einer internationalen Fachmesse für sich genommen keine Grundlage für die Annahme bildet, dass die betreffenden Produkte auch im Inland vertrieben werden sollen (Erstbegehungsgefahr), so dass kein darauf gestützter Unterlassungsanspruch geltend gemacht werden kann. Insbesondere angesichts des Umstandes, dass es sich im zu entscheidenden Fall zum einen um eine Fachmesse, zum anderen zudem um eine internationale Messe handelte, verlangt der BGH die Darlegung weiterer Gründe, die die Annahme einer sog. Erstbegehungsgefahr im Inland begründen. Außerdem weist der BGH daraufhin, dass bei einem Fachpublikum auch bei identischen Produkten nicht ohne Weiteres von einer Verwechslungsgefahr ausgegangen werden kann. Die Entscheidung findet sich [hier](#).

Wettbewerbsrecht – Anspruch auf Zustimmung des Markeninhabers bei Google Adwords

Ein Wiederverkäufer gebrauchter Waren kann vom Markeninhaber die Zustimmung zur Nutzung der Markenbezeichnung zur Adwords-Werbung verlangen. Dies hat der Bundesgerichtshof mit Urteil vom 12. März 2015 entschieden (Az. I ZR 188/13). Zwar stünde der Markeninhaberin grundsätzlich ein auf die von ihr gehaltene Gemeinschaftsmarke gestützter Unterlassungsanspruch zu, doch müsse sich die Markeninhaberin bei Gebrauchtwaren

diesbezüglich den Erschöpfungsgrundsatz entgegenhalten lassen, weil die betreffenden Waren schon einmal mit Zustimmung des Markeninhabers in Verkehr gebracht worden seien. Hält der Markeninhaber dennoch seine markenrechtliche Zustimmung für Zwecke des Wiederverkaufs zurück, liegt darin eine Form des Behinderungswettbewerbs, gegen den der Wiederverkäufer mit einer auf Zustimmung gerichteten Klage vorgehen kann. Der Text der Entscheidung findet sich [hier](#).

Patentrecht – Verordnung über einheitlichen Patentschutz rechtsgültig

Mit Urteil vom 5. Mai 2015 wies der Europäische Gerichtshof die Klage des Königreichs Spanien auf Nichtigerklärung der Verordnung über die Schaffung eines Einheitlichen Patentschutzes (VO (EU) Nr. 1257/2012) zurück. Spanien hatte sich u.a. dagegen gewandt, dass die Verordnung die Prüfung, Erteilung und Verwaltung des einheitlichen Patents dem Europäischen Patentamt (EPO) überantwortet, dessen Existenz auf einem eigenständigen völkerrechtlichen Übereinkommen beruht. In der Bezugnahme der Verordnung auf einzelne Bestimmungen, sowohl des Europäischen Patentübereinkommens als auch der Mitgliedstaaten der EU, sah es einen Verstoß gegen europarechtliche Grundsätze. Diese Argumente wies der EuGH zurück. Das Europäische Patent mit einheitlicher Wirkung wird sich vom heute schon existierenden Europäischen Patent dadurch unterscheiden, dass ersteres ein Patent mit einheitlicher Wirkung für die EU sein wird, während das derzeitige Europäische Patent ein Bündel von nationalen Patenten der Mitgliedstaaten des Europäischen Patentübereinkommens darstellt. Inkrafttreten wird die Verordnung jedoch nur, wenn 13 Mitgliedstaaten der EU das Übereinkommen ratifizieren. Der Text der Entscheidung des EuGH findet sich [hier](#).

